|  |  |
| --- | --- |
| Logo | CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL  INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT  **Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -**  **Wallonie - Communauté Française de Belgique -**  **Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**  23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |

**Empfehlung**

**zur**

**Stadtentwicklung in der Großregion**

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** versteht „Stadtentwicklung“ als die räumliche, historische und strukturelle Gesamtentwicklung einer Stadt. Darunter wird die Planung und die Entwicklung der gesamten Stadt, aber auch die Entwicklung einzelner Stadtquartiere verstanden. Stadtentwicklung steht durch gesellschaftliche Tendenzen wie den Klimawandel und demografischen Wandel, die Globalisierung, die Verankerung der Nachhaltigkeit und nicht zuletzt eine neue Beteiligungskultur (Bürgerbeteiligung) vor neuen Herausforderungen.

Stadtentwicklung verlangt daher von allen Akteuren eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise.

**1.**

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** hat zu der Sitzung seiner Kommissionen für Verkehr und Kommunikation sowie für wirtschaftliche Fragen am 30. September 2011 in Nancy Experten für Stadtentwicklung aus allen Teilen der Großregion zu ihren Konzepten und Zukunftsprojekten eingeladen.

Gemeinsames Ergebnis der Sitzung war die Feststellung, dass eine Stadtentwicklung nicht getrennt von den Veränderungen in der Verkehrsinfrastruktur erfolgen kann.

Unisono haben nämlich alle Experten einen engen Zusammenhang zwischen Entwicklung und Mobilität bescheinigt, wenn auch die Vorstellungen darüber, was einen modernen Stadtverkehr bestimmen sollte, zum Teil auseinander gehen. Während einerseits die Hoffnung besteht, dass die Informationstechnologien eine moderne Abwicklung der Mobilität in Städten ermöglichen könnten (z.B. Telematik, Kfz-Leitsysteme, Car-Sharing-Modelle, etc.), gibt es andererseits auch Forderungen z. B. nach autofreien Städten, generellen Tempolimits für Kfz oder die Entwicklung alternativer öffentlicher Verkehrsangebote.

Mit ungläubigem Erstaunen hat der **Interregionale Parlamentarier-Rat** zur Kenntnis genommen, dass im jetzigen Programm des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Regionen Straßenbau- und Verkehrsinfrastrukturprojekte, mit denen die in der Vorbemerkung genannten Herausforderungen bewältigt werden können, gerade ausgenommen sind.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** setzt sich deshalb insbesondere auch bei künftigen EU-Förderprogrammen für eine stärkere Verknüpfung der städtebaulichen Entwicklung mit der Verkehrsinfrastruktur ein.

**2.**

In der Kommissionssitzung des **Interregionale Parlamentarier-Rates** am 30. September 2011 in Nancy wurde zudem von den Experten für Stadtentwicklung das im Rahmen des Arbeitsprogramms der luxemburgischen Präsidentschaft des 11. Gipfels initiierte Metroborder-Projekt als Schritt in die richtige Richtung einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Raumplanung begrüßt.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** nimmt den Schlussbericht dieser in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführten Metroborder-Studie zustimmend zur Kenntnis.

In ihm wird bescheinigt, dass sich die europäische Raumpolitik und die Ansätze auf gemeinschaftliche Ebene in den letzten Jahren stark weiterentwickelt haben. Schlüsselrollen kommen dabei einerseits Metropolen oder Metropolräumen zu, andererseits aber auch Grenzregionen. Beide Aspekte verbindet die Großregion als metropolitane Grenzregion.

Ziel muss es deshalb sein, ausgehend von der Metroborder-Studie einen gemeinsamen Ansatz im Bereich der grenzüberschreitenden Raumplanung und –entwicklung zu erreichen. Langfristiges Ziel muss die Entwicklung und die Einsetzung einer grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregion für die Großregion sein.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** appelliert an die Exekutiven der Großregion, die in der Studie identifizierten Strategien und Aktionen auf breiter Ebene umzusetzen und so das Metroborder-Projekt zielgerichtet weiterzuführen.

Darüber hinaus hält der **Interregionale Parlamentarier-Rat** eine eigeninitiative stärkere Vernetzung der Städte innerhalb der Großregion für zukunftsweisend und zielführend.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** richtet diese Empfehlung an:

* die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
* die Regierung der Französischen Gemeinschaft Belgiens,
* die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
* die Regierung der Wallonischen Region,
* die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
* die Landesregierung des Saarlandes,
* den Präfekten der Region Lorraine,
* den Conseil Régional de Lorraine

und darüber hinaus an

* die Regierung der Bundesrepublik Deutschlands,
* die Regierung der Französischen Republik,
* die Regierung des Königreichs Belgien,
* die Europäische Kommission.

Metz, 1. Juni 2012